

Pressemitteilung

Wolfgang Heedt
Ortsvorsitzender
M. 0170 7726489
vorstand@fdp-bad-godesberg.de

c/o FDP Kreisverband Bonn
Clemens-August-Straße 77a
53115 Bonn

02.02.2017

Geplante Moschee Weststraße: Moratorium gefordert

Im Gewerbegebiet Bad Godesberg Nord heizt sich die Stimmung unter den Gewerbetreibenden auf, weil damit gerechnet wird, dass die Stadtverwaltung die Bauvoranfrage für die geplante Moschee Weststraße positiv bescheiden wird. Die FDP Bad Godesberg fordert daher ein sofortiges Moratorium der Verkaufsverhandlungen, um stadtplanerischen Überlegungen Zeit zu verschaffen.

Bad Godesberg steht immer noch unter dem Eindruck der negativen Auswirkungen, die die König Fahd Akademie für den Ortsteil Lannesdorf bedeutet hat. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsförderung der Stadt Bonn Jahr um Jahr in ihren Wirtschaftsberichten das zu knappe Angebot an Gewerbeflächen im gesamten Bonner Stadtgebiet beklagt. Das Gebäude der SWB in der Weststraße liegt im Gewerbegebiet Bad Godesberg Nord und seit 2016 liegt für das Gebäude auch das Kaufinteresse von der im Gewerbegebiet ansässigen Traditionsfirma Miesen vor. Da Gewerbegebiete zuvorderst für gewerbliche Zwecke zu nutzen sind – kulturelle oder religiöse Zwecke sind laut Baunutzungsverordnung nur Ausnahmetatbestände – kann von der Stadtverwaltung erwartet werden, dass sie zuerst einmal die Interessen der Gewerbetreibenden und auch das Interesse am Erzielen von Gewerbesteuer im Auge hat. Dem scheint aber nicht so zu sein. Ende Mai 2016 wurde bekannt, dass der marokkanische Kulturverein aus der Bonner Straße das Gebäude erwerben will, um hiermit seine Moschee zu vergrößern. Für die Sitzung der Bezirksvertretung am 25. Januar 2017 hatte die FDP in einer Großen Anfrage stadtplanerische Maßnahmen für Bad Godesberg Nord gefordert, um Struktur in die sich dort abzeichnende Dynamik zu bringen.

„Bessere Räumlichkeiten für die Moschee werden nicht in Abrede gestellt, sollen aber im Zusammenhang mit der von uns geforderten Stadtplanung für Bad Godesberg Nord identifiziert werden, transparent und als Ergebnis von Dialog aller Beteiligten innerhalb dieses Quartiers,“ so der Ortsvorsitzende der FDP, Wolfgang Heedt. „Das Projekt ist intransparent für die Bad Godesberger Öffentlichkeit von Alt-OB Nimptsch aufgegleist worden. Deswegen sind hier Ende Mai 2016 auch alle aus den Wolken gefallen, als der General-Anzeiger vom möglichen Verkauf berichtete. Im Falle einer positiv beschiedenen Bauvoranfrage würde der Zug unaufhaltsam für die Moschee ins Rollen kommen und die Firma Miesen müsste wahrscheinlich das Stadtgebiet verlassen. Es stellt sich der Eindruck ein, in Bonn würde nach Gutsherrenart über Bad Godesberger Köpfe hinweg entschieden und zudem noch gegen die Interessen der Stadt in Form von Gewerbesteuereinnahmen,“ so Heedt weiter. Im jetzt von der FDP geforderten Moratorium soll Zeit gewonnen werden, das Kaufinteresse der Firma Miesen zu prüfen, einen optimalen Standort für die Moschee zu finden sowie sich Gedanken zu machen zu deren sozialer Einbettung im Quartier. „Was wir auf keinen Fall wollen ist die Wiederholung Lannesdorfer Verhältnisse. Soviel Erkenntnisfähigkeit sollte man von Stadtverwaltung, Rat und auch seitens des Managements der SWB erwarten dürfen. Wir wollen keinen übereilten Verkauf des Gebäudes unter billigend in Kauf genommenen Kollateralschäden, sondern ausreichend Zeit zur Beratung,“ so Heedt abschließend.